

Inhaltsgliederung

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Teil 1: Einführung	1
Teil 2: Grundlagen	15
A. Wo wir herkommen: Von der EGKS zum Vertrag von Lissabon .	15
B. Wo wir sind: Überlegungen zum Status der EU	43
C. Strukturelle Änderungen durch den Vertrag von Lissabon	80
Teil 3: Handlungsfähigkeit in der neuen EU	117
A. Handlungsfähigkeit durch verbesserte Entscheidungs- fähigkeit nach dem Vertrag von Lissabon	117
B. Handlungsfähigkeit durch Kooperationsfähigkeit	154
C. Handlungsfähigkeit durch Verstärkte Zusammenarbeit	155
Teil 4: Demokratische Legitimation und Kompetenz- ausübung in der neuen EU	163
A. Zum Inhalt des Demokratieprinzips im europäischen Staaten- und Verfassungsverbund	164
B. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch das Europäische Parlament	170
C. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch die neue Rolle der nationalen Parlamente als Hüter der Subsidiarität	182

D. Spiegel des VvL im Staaten- und Verfassungsverbund – Zur parlamentarischen Integrationsverantwortung unter Berücksichtigung des Lissabon-Urteils des BVerfG	219
Teil 5: Rechtsstaatlichkeit in der neuen EU	288
A. Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit in der EU	288
B. Grundrechtsschutz in der EU nach dem Vertrag von Lissabon ..	308
C. Doppelungen im Bereich der europäischen Bürgerrechte? Versuch einer Systematisierung	359
Teil 6: Strategische Handlungsfelder der neuen EU	386
A. Die Außenpolitik der neuen EU: Institutionen und Zuständigkeiten nach dem Vertrag von Lissabon	386
B. Die Justiz- und Innenpolitik der neuen EU: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach dem Vertrag von Lissabon	422
C. Energiepolitik und Klimaschutz	474
Stichwortregister	505

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsgliederung	VII
Teil 1: Einführung	1
Teil 2: Grundlagen	15
A. Wo wir herkommen: Von der EGKS zum Vertrag von Lissabon .	15
I. Erste Ansätze europäischer Einigungsbewegungen	15
II. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	17
III. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Europäischen Politischen Gemeinschaft	19
IV. Die Römischen Verträge	19
V. Die Integrationsdynamik der ersten Jahre	21
VI. Europa – quo vadis? Die Periode des Stillstands der 1960er Jahre	23
VII. Politische Integration als Folge wirtschaftlicher Kooperation – Die 1970er Jahre	26
VIII. Die Einheitliche Europäische Akte	28
IX. Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union	30
X. Der Vertrag von Amsterdam	33
XI. Die Europäische Grundrechtecharta	35
XII. Der Vertrag von Nizza	36
XIII. Der Post-Nizza-Prozess bis zur Verabschiedung des Vertrags über eine Verfassung für Europa	37
XIV. Vom Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon	40

B. Wo wir sind: Überlegungen zum Status der EU	43
I. Einleitung	43
II. Die EU als Staaten- und Verfassungsverbund	47
1. Grundvoraussetzung: Der offene Verfassungsstaat	49
a. Die Integrationsklauseln im deutschen Grundgesetz	50
b. Die Integrationsklauseln anderer Mitgliedstaaten	52
c. Ergebnis	54
2. Zum gewandelten Verfassungsbegriff	54
a. Zum Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	56
b. Stellungnahme	59
3. Vom völkerrechtlichen Denken zum Denken im Staaten- und Verfassungsverbund	63
a. Ausgangspunkt: Der Staatenverbund des Bundesverfassungs- gerichts	63
b. Stellungnahme	64
c. Der Verfassungsverbund als Gegenentwurf	65
aa. Entwicklung und Inhalt des Begriffs	65
bb. Kritik	67
cc. Stellungnahme	68
d. Verständnis des Staaten- und Verfassungsverbunds	70
III. Die Wirkweise des Staaten- und Verfassungsverbunds	74
1. Das Ineinandergreifen der Verfassungsrechtsordnungen	74
2. Die Herausbildung von europäischen Verfassungs- strukturprinzipien	75
a. Europäische Impulse	75
b. Mitgliedstaatliche Impulse	78
C. Strukturelle Änderungen durch den Vertrag von Lissabon	80
I. Aufbau von Union und Verträgen	80
1. Überwindung der Säulenstruktur der EU	80
2. Rechtspersönlichkeit und Rechtsnachfolge der EU	82
3. Zwei Verträge als Grundlage der EU: EUV und AEUV	83
4. Vorrang	84
II. Werte und Ziele der Union	85
1. Werte	85
2. Ziele	89
III. Vertragsänderungsverfahren	90
1. Ordentliches Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 2 bis 5 EUV n.F.)	91
a. Erste Alternative: Konvent mit anschließender Regierungs- konferenz (Art. 48 Abs. 3 UAbs. 1 EUV n.F.)	91
b. Zweite Alternative: Regierungskonferenz ohne vorher- gehenden Konvent (Art. 48 Abs. 3 UAbs. 2 EUV n.F.)	92

2. Vereinfachte Änderungsverfahren	92
a. Vereinfachte Vertragsänderungen betreffend die internen Politikbereiche der Union (Art. 48 Abs. 6 EUV n.F.)	93
b. Vereinfachte Änderungen von Verfahrensvorschriften nach der allgemeinen Brückenklausele (Art. 48 Abs. 7 EUV n.F.) ..	93
c. Besondere Brückenklausele	94
d. Weitere vereinfachte Änderungsverfahren	95
IV. Austritt aus der Union	95
1. Regelung des Austrittsrechts	95
a. Voraussetzungen für einen Austritt aus der Union?	95
b. Austrittsverfahren (Art. 50 Abs. 2 bis 4 EUV n.F.)	96
2. Ausgewählte Rechtsfragen im Bezug auf die Austritts- klausele (Art. 50 EUV n.F.)	97
a. Das Verhältnis zwischen Art. 50 EUV n.F. und Art. 53 EUV n.F./Art. 356 AEUV	97
aa. Möglichkeit der Auflösung der Union?	99
bb. Zum Ausschluss eines Mitgliedstaates	100
b. Ausgestaltung der Austrittsabkommen nach Art. 50 Abs. 2 EUV n.F.	101
3. Abschließende Bewertung des Art. 50 EUV n.F.	102
V. Solidaritätsklausele (Art. 222 AEUV)	104
1. Einführung	104
2. Das allgemeine europäische Solidaritätsprinzip	105
3. Regelung des Art. 222 AEUV	106
4. Ausgewählte Problemkreise	107
a. Ziele eines Ratsbeschlusses i.S.d. Art. 222 Abs. 3 AEUV	107
b. Zulässige Maßnahmen i.S.d. Art. 222 AEUV?	109
c. Auswahl der Mittel	111
d. Auflösung des Spannungsverhältnisses: Solidaritätsprinzip – Subsidiaritätsprinzip	115
5. Abschließende Stellungnahme	116

Teil 3: Handlungsfähigkeit in der neuen EU

A. Handlungsfähigkeit durch verbesserte Entscheidungs- fähigkeit nach dem Vertrag von Lissabon	117
I. Der Europäische Rat	118
1. Einführung	118
2. Status als Organ	119
3. Zusammensetzung und Tagungen	120
4. Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates	121

a. Allgemein	121
b. Der Präsident des Europäischen Rates im institutionellen Gefüge der EU	123
aa. Verhältnis zum rotierenden Vorsitz im Ministerrat	123
bb. Verhältnis zum Kommissionspräsidenten	124
5. Der Europäische Rat als vollwertiges Entscheidungs- gremium?	124
II. Der Rat	128
1. Einführung	128
2. Aufgaben	128
3. Ratsformationen und Vorsitz im Rat	129
4. Beschlussfassung im Rat	130
a. Überblick	130
b. Stimmgewichtung bei der Beschlussfassung im Rat nach der bisherigen Rechtslage	131
c. Prinzip der Doppelten Mehrheit ab 2014	132
d. Modalitäten und Auswirkungen der Ioannina-Formel	135
e. Bewertung des geplanten Beschlussfassungssystems	138
III. Die Kommission	140
1. Einführung	140
2. Aufgaben	140
3. Debatte um die personelle Verkleinerung des Organs	141
4. Stärkung der Rolle des Kommissionspräsidenten	146
5. Wahl des Kommissionspräsidenten	146
a. Überblick	146
b. Bewertung der Neuerungen	147
IV. Der Europäische Gerichtshof	148
1. Einführung	148
2. Bezeichnung und Zusammensetzung	149
3. Aufgaben	150
4. Gewährleistung effektiven Individualrechtsschutzes	152
a. Kooperation von EuGH und mitgliedstaatlichen Gerichten	152
b. Reformen im Rahmen der Nichtigkeitsklage	152
B. Handlungsfähigkeit durch Kooperationsfähigkeit	154
C. Handlungsfähigkeit durch Verstärkte Zusammenarbeit	155
I. Konzept der Verstärkten Zusammenarbeit	155
II. Änderung der Vorschriften zur Verstärkten Zusammenarbeit im Vertrag von Lissabon	157
1. Materielle rechtliche Änderungen	158
2. Änderungen im prozeduralen Bereich	159

a. Ermächtigungsverfahren	159
b. Durchführungsverfahren	160
c. Anschlussverfahren	161
3. Einführung weiterer Formen differenzierter Integration in der ESVP	162
4. Bewertung der Änderungen	162

Teil 4: Demokratische Legitimation und Kompetenz- ausübung in der neuen EU	163
---	-----

A. Zum Inhalt des Demokratieprinzips im europäischen Staaten- und Verfassungsverbund	164
---	-----

I. Die Ausgestaltung des Demokratieprinzips im Staaten- und Verfassungsverbund	164
1. Demokratiemodelle	165
2. Unionsspezifisches Demokratiekonzept	167
II. Der Abbau des Demokratiedefizits durch den Vertrag von Lissabon	169

B. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch das Europäische Parlament	170
---	-----

I. Zusammensetzung des Europäischen Parlaments	171
II. Aufgaben und Befugnisse	173
1. Mitwirkung am Gesetzgebungsprozess	173
2. Mitwirkung im Haushaltsverfahren	176
3. Mitwirkung am Verfahren zur Einleitung der Verstärkten Zusammenarbeit und der Vertragsrevision	178
4. Verstärkter Einfluss beim Abschluss internationaler Abkommen und im Bereich der Handelspolitik der Union ..	178
5. Rechte gegenüber der Kommission	179
III. Ergebnis	181

C. Die Vermittlung demokratischer Legitimation durch die neue Rolle der nationalen Parlamente als Hüter der Subsidiarität	182
--	-----

I. Die bisherige Rolle der nationalen Parlamente auf Ebene der EU	182
II. Die Stärkung der nationalen Parlamente auf Ebene der EU nach dem Vertrag von Lissabon	183
1. Informationsrechte	184
2. Koppelung von Demokratie und Kompetenzfrage	185

a. Vertikale Kompetenzverteilung	186
aa. Grundsätze der Kompetenzverteilung	186
bb. Kompetenzkategorien	188
(1) Ausschließliche Zuständigkeiten	188
(2) Geteilte Zuständigkeiten	189
(3) Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungs- maßnahmen	190
(4) Besondere Kompetenzen der Union	191
(5) Flexibilitätsklausel	193
(6) Rückführung von Unionskompetenzen	194
b. Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente	194
aa. Die Subsidiaritätsrüge	194
bb. Die Subsidiaritätsklage	202
cc. Umfang der Kontrollrechte	205
dd. Leitlinien zur Prüfung der Schrankentrias des Art. 5 EUV n.F.	207
(1) Die „Kann-Frage“	207
(2) Die „Ob-Frage“	208
(3) Die „Wie-Frage“	210
c. Bewertung	212
3. Beteiligungsrechte im Bereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	214
4. Beteiligung bei ordentlichen Vertragsänderungsverfahren sowie bei Erweiterungen der EU	215
5. Beteiligung bei der Anwendung der sog. Passerelle- Regelung	216
6. Vetorecht im Bereich des Familienrechts	217
III. Ergebnis	218
 D. Spiegel des Vertrags von Lissabon im Staaten- und Verfassungsverbund – Zur parlamentarischen Integrations- verantwortung unter Berücksichtigung des Lissabon-Urteils des BVerfG	219
I. Die Entwicklung der Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union bis zum Vertrag von Lissabon	220
1. Beteiligung des Bundestages	221
2. Beteiligung des Bundesrates	224
II. Ursprüngliche Fassung der Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon	227
1. Ausweitungsgesetz (2008)	228
a. Die Regelung der Subsidiaritätsrüge und -klage	229
b. Die Regelung des Übergangs zu Mehrheitsentscheidungen	231
c. Delegation von Bundestagsrechten auf den EU-Ausschuss	232
2. Grundgesetzänderungsgesetz	234

III. Das Urteil des BVerfG zum Vertrag von Lissabon	235
1. Einführung	235
2. Verfahrensgegenstand und -beteiligte	237
3. Zulässigkeit	238
a. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerden	238
b. Zulässigkeit der Organstreitverfahren	241
4. Begründetheit	243
a. Allgemeine Vorbemerkung	243
b. Prüfungsmaßstab	246
aa. Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten	247
(1) Wahrung der souveränen Staatlichkeit Deutschlands ...	247
(2) Wahrung des Grundsatzes der begrenzten Einzel-	
ermächtigung	248
(3) Wahrung einer hinreichenden Bestimmtheit des	
Integrationsprogramms	249
(4) Wahrung eines „demokratischen Primär-raums“	250
bb. Strukturvorgaben für die Ausgestaltung der	
Europäischen Union	252
c. Integrationsverantwortung und Vertrag von Lissabon	253
aa. Verfassungsmäßigkeit des Zustimmungsgesetzes	253
(1) Ausreichendes Legitimationsniveau der EU	254
(2) Fortbestand der souveränen Staatlichkeit Deutschlands .	256
(3) Fortbestand des „demokratischen Primär-raums“	258
bb. Verfassungsmäßigkeit des Grundgesetzänderungsgesetzes .	258
cc. Teilweise Verfassungswidrigkeit des Ausweitungsgesetzes .	259
(1) Unzureichende Wahrnehmung der Integrations-	
verantwortung	259
(2) Kritik des Konzepts der Integrationsverantwortung ...	260
d. Kontrollansprüche des BVerfG im Hinblick auf die	
Wahrnehmung der Integrationsverantwortung	264
aa. Ultra-vires-Kontrolle	264
bb. Identitätskontrolle	267
cc. Umsetzung der Kontrollansprüche de lege ferenda	271
5. Fazit	272
IV. Die Umsetzung der Vorgaben des Urteils im Rahmen der	
neuen Begleitgesetzgebung	273
1. Beteiligungsrechte im „Alltag“ der europäischen	
Gesetzgebung (EUZBBG und EUZBLG)	273
a. Änderungen des EUZBBG	273
aa. Informationsrechte	274
bb. Berücksichtigung der Stellungnahmen des Bundestages ...	275
b. Änderung des EUZBLG	277
2. Beteiligungsrechte für den „Sonntag“ der europäischen	
Gesetzgebung (IntVG)	277

a.	Allgemeine Regelungen	278
b.	Mitwirkungserfordernisse bei dynamischer Vertrags- entwicklung	279
c.	Mitwirkungserfordernisse in sonstigen Fällen	282
d.	Subsidiaritätsrüge und -klage	285
aa.	Subsidiaritätsrüge	285
bb.	Subsidiaritätsklage	285
3.	Bewertung	286
Teil 5:	Rechtsstaatlichkeit in der neuen EU	288
A.	Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit in der EU	288
I.	Einführung	288
II.	Inhalte des Rechtsstaatsprinzips	289
1.	Aspekte formeller Rechtsstaatlichkeit	290
a.	Vorbehalt des Gesetzes	290
b.	Normenhierarchie	290
aa.	Verfassungsrecht	291
(1)	Geschriebenes Verfassungsrecht	291
(2)	Ungeschriebenes Verfassungsrecht	292
bb.	Sekundärrecht	295
(1)	Gesetzgebungsakte	296
(2)	Rechtsakte ohne Gesetzescharakter	297
(a)	Delegierte Rechtsetzung	297
(b)	Durchführungsrechtsetzung	298
(c)	Sonstige Rechtsakte ohne Gesetzescharakter	298
(3)	Handlungsformen	299
cc.	Hierarchisierung	300
c.	Institutionelles Gleichgewicht als Surrogat der Gewalten- teilung	301
2.	Aspekte materieller Rechtsstaatlichkeit	303
a.	Verhältnismäßigkeitsprinzip	303
b.	Rechtssicherheit	304
c.	Ne bis in idem	306
d.	Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung	306
e.	Effektiver Rechtsschutz	306
f.	Grundrechtsschutz	307
B.	Grundrechtsschutz in der EU nach dem Vertrag von Lissabon ..	308
I.	Einleitung	308
II.	Die Charta der Grundrechte in der neuen EU	308
1.	Die verbindliche Geltung der Grundrechtecharta	308

a. Der Verweis auf die Charta	310
b. Die Folgen des Verweises	311
c. Die Kompetenzschutzklausel des Art. 6 Abs. 1 EUV n.F.	312
d. Die Auslegung der Charta	313
2. Ein Überblick über die von der Grundrechtecharta gewährleisteten Grundrechte	315
3. Rechtsschutz	320
III. Die Weitergeltung der allgemeinen Rechtsgrundsätze nach Art. 6 Abs. 3 EUV n.F.	321
IV. Der Beitritt zur EMRK	328
1. Beitrittsermächtigung und Beitrittsverpflichtung	328
2. Relativierung der Beitrittsverpflichtung durch die Modalitäten des Beitritts	329
3. Die Folgen des Beitritts	330
V. Das Protokoll über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich	332
1. Wortlaut des Protokolls	334
2. Bindung an die Charta der Grundrechte?	335
3. Inhalt des Protokolls	336
a. Art. 1 Abs. 1 des Protokolls	336
b. Art. 1 Abs. 2 des Protokolls	340
c. Art. 2 des Protokolls	342
VI. Anwendungsbereich der Europäischen Grundrechte: Bindungswirkung für die Mitgliedstaaten	343
1. Grundlagen	343
2. Reichweite der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unions- grundrechte bei der Durchführung von Unionsrecht	344
a. Die Rechtsprechung des EuGH	344
b. Die Rechtsprechung des BVerfG	346
c. Stellungnahme	352
3. Reichweite der Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte bei der Einschränkung von Grundfreiheiten	354
VII. Ergebnis	358
C. Doppelungen im Bereich der europäischen Bürgerrechte? Versuch einer Systematisierung	359
I. Subjektiv-öffentliche Rechte im EU-Recht	359
II. Basisrechte des Unionsbürgers	360
1. Allgemeine Freizügigkeit (Art. 20 Abs. 2 lit. a), 21 AEUV) ..	360
2. Inländergleichbehandlung (Art. 18 AEUV)	361
3. Konkretisierende Freiheits- und Gleichheitsrechte	364

III. Europäische Grundfreiheiten als Marktbürgerrechte	364
IV. Europäische Grundrechte als politische Rechte	367
V. Vom Marktbürger zum Unionsbürger	368
1. Der Marktbürger	368
2. Die Grenzen des Marktbürgers	369
3. Der Unionsbürger	370
VI. Systematik der europäischen Bürgerrechte	372
1. Legitimationsgrundlagen	372
2. Überlagerungen im Bereich der subjektiven Rechte	377
3. Ausblick	380
Teil 6: Strategische Handlungsfelder der neuen EU	386
A. Die Außenpolitik der neuen EU: Institutionen und Zuständigkeiten nach dem Vertrag von Lissabon	386
I. Überblick über die GASP und ESVP	386
II. Regelungsbereich, Handlungsformen und Entscheidungs- verfahren	388
1. Regelungsbereich	388
a. Regelungsbereich nach früherer Rechtslage	388
b. Regelungsbereich nach dem Vertrag von Lissabon	388
2. Handlungsformen und Entscheidungsverfahren	390
a. Handlungsformen und Entscheidungsverfahren nach bisheriger Rechtslage	390
b. Handlungsformen und Entscheidungsverfahren nach dem Vertrag von Lissabon	390
III. Die institutionelle Architektur der GASP und der ESVP	392
1. Europäischer Rat	392
a. Die Rolle des Europäischen Rates im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage	392
b. Die Rolle des Europäischen Rates im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon	393
2. Rat	393
a. Die Rolle des Rates im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage	393
b. Die Rolle des Rates im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon	394
c. Zusammensetzung des Rates nach früherer Rechtslage	395
aa. Vorsitz und Troika	395
bb. Generalsekretariat und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	396
d. Zusammensetzung des Rates nach dem Vertrag von Lissabon ...	398
aa. Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	398

(1) Konzeption	398
(2) Verhältnis zum Präsidenten des Europäischen Rates	400
(3) Fazit	402
bb. Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)	402
(1) Institutionelle Verankerung	403
(2) Finanzierung	404
(3) Personelle Ausstattung und Struktur	404
(4) Zuständigkeiten	406
e. Die militärischen und politischen Gremien des Rates	406
aa. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK)	407
(1) Das PSK nach bisheriger Rechtslage	407
(2) Das PSK nach dem Vertrag von Lissabon	409
bb. Der Europäische Militärausschuss (EUMC)	410
cc. Der Europäische Militärstab (EUMS)	411
dd. Der Ausschuss für nichtmilitärische Aspekte des Krisenmanagements (CIVCOM)	412
ee. Die Europäische Verteidigungsagentur nach dem Vertrag von Lissabon	412
f. Sonderbeauftragte	413
aa. Bisherige Rechtslage	413
bb. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	414
3. Kommission	414
a. Die Rolle der Kommission im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage	414
b. Die Rolle der Kommission im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon	416
4. Europäisches Parlament	417
a. Die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der GASP nach bisheriger Rechtslage	417
b. Die Rolle des Europäischen Parlaments im Rahmen der GASP nach dem Vertrag von Lissabon	419
5. EuGH	420
IV. Schlussbemerkung	421
B. Die Justiz- und Innenpolitik der neuen EU:	
Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach dem Vertrag von Lissabon	422
I. Vom ökonomischen Binnenmarkt zum politischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	422
II. Vertragliche Entwicklung der Justiz- und Innenpolitik	428
III. Grundlegende Änderungen durch den Vertrag von Lissabon ...	431
1. Rechtsrahmen, Handlungsformen und Entscheidungs- verfahren	432
a. Einführung eines einheitlichen Rechtsrahmens	432
b. Einheitlichkeit der Handlungsformen	432
c. Entscheidungsverfahren	433

aa.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren als Regelverfahren ..	433
bb.	Abweichungen vom Regelverfahren	434
(1)	Abweichende Mehrheiten im Rat bzw. abweichende Parlamentsbeteiligung	434
(2)	Fehlendes Initiativmonopol der Kommission in der Polizeilichen und Strafjustiziellen Zusammenarbeit	435
(3)	Notbremsemechanismus	435
(4)	Verstärkte Einbindung der nationalen Parlamente	436
cc.	Opt out-Regelungen	437
2.	Regelungsbereich	438
a.	Allgemeines	438
b.	Die Politikbereiche im Einzelnen	439
aa.	Zugangspolitiken (Visa, Asyl und Einwanderung)	439
bb.	Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	441
cc.	Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	441
dd.	Polizeiliche Zusammenarbeit	442
3.	Institutionelle Architektur	443
a.	Europäischer Rat	443
b.	Kommission	443
d.	Europäisches Parlament	445
e.	EuGH	445
f.	Europol und Eurojust	448
aa.	Europol	449
bb.	Eurojust	450
g.	Schaffung neuer Institutionen neben der Stärkung von Europol und Eurojust	450
aa.	COSI	451
bb.	Europäische Staatsanwaltschaft	451
IV.	Sensibler Kristallisationspunkt: Zur Entwicklung eines „europäischen Strafrechts“	452
1.	Begriffsbestimmung	452
2.	Bisherige Kompetenzen der EU/EG im Bereich des Kriminalstrafrechts	453
a.	Unionsstrafrechtliche Kompetenzen im Rahmen der Dritten Säule (PJZS)	453
b.	Supranationale Strafrechtskompetenzen der EG im Rahmen der Ersten Säule?	455
aa.	Originäre Strafrechtsetzungskompetenz der EG	456
bb.	Wechselwirkungen des nationalen Strafrechts mit primärem und sekundärem Gemeinschaftsrecht	458
(1)	Verweisungen des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht	458
(2)	Verweisungen des nationalen Rechts auf das Gemeinschaftsrecht	459
cc.	Beeinflussung des nationalen Strafrechts durch strafrechtliche Anweisungskompetenzen der EG?	460

3. Die strafrechtliche Anweisungs- bzw. Annexkompetenz im Lichte der Rechtsprechung des EuGH	461
a. Rechtsprechung des EuGH zur strafrechtlichen Anweisungs- bzw. Annexkompetenz nach dem EGV sowie ihrer Abgrenzung zu Art. 29 ff. EUV	461
aa. Urteil des EuGH in der Rs. C-176/03 (Umweltstrafrecht) ..	461
bb. Urteil des EuGH in der Rs. C-440/05 (Meeresverschmutzung)	463
b. Bewertung der Rechtsprechung und Stellungnahme	464
4. Die Kompetenzlage nach dem Vertrag von Lissabon	467
a. Originäre Strafrechtsetzungskompetenzen der Union	467
aa. Art. 325 AEUV	467
bb. Art. 79 Abs. 2 lit. d) AEUV	468
b. Strafrechtliche Harmonisierungskompetenzen der Union	469
aa. Angleichung von Bereichen besonders schwerer transnationaler Kriminalität, Art. 83 Abs. 1 AEUV	469
bb. Annexkompetenz zur Angleichung bereits harmonisierter Bereiche, Art. 83 Abs. 2 AEUV	471
c. Bewertung	473
C. Energiepolitik und Klimaschutz	474
I. Einleitung	474
II. Neue Begrifflichkeiten: Energieumweltrecht, Umweltenergie recht und Klimaschutzrecht	474
1. Definitionsversuch	474
2. Konsequenzen der engen Verzahnung des Energie- und Umweltrechts für die europäische Rechtslage	477
III. Zum Inhalt einer europäischen Kompetenz der Energie- umweltpolitik	479
1. Europäisches Energieumweltrecht als Teil des europäischen Energierechts	479
2. Die Ziel- und Maßnahmenverschränktheit des europäischen Energieumweltrechts	480
3. Fazit: Anforderungen an eine europäische Energie- umweltpolitik als Maßstab für die neue Energiekompetenz ..	481
IV. Die Reichweite der europäischen Kompetenz: Zwischen Umweltenergie recht und Energieumweltrecht	482
1. Die energieunspezifische Kompetenzlage vor und nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	482
a. Art. 175 Abs. 1 und 2 EGV/Art. 192 AEUV	482
aa. Kompetenzgrundlage	482
bb. Verfahren	483
b. Art. 95 Abs. 1 EGV/Art. 114 AEUV	485
c. Art. 156 Abs. 1 EGV/Art. 172 AEUV	486

aa. Energieumweltpolitische Bedeutung	486
bb. Inhalt und Reichweite der Kompetenz	486
2. Die spezifische Energiekompetenz der EU nach dem Vertrag von Lissabon	489
a. Die energiepolitischen Ziele, insbesondere Art. 194 Abs. 1 lit. c) AEUV	489
b. Die Handlungsermächtigung des Art. 194 Abs. 2 AEUV	490
c. Das Einstimmigkeitserfordernis des Art. 194 Abs. 3 AEUV	492
d. Das Verhältnis zu anderen Kompetenzen	492
aa. Verhältnis zu Art. 114 AEUV	493
bb. Art. 172 AEUV	493
cc. Verhältnis zu Art. 122 AEUV	494
3. Energieaußenpolitik	495
4. Die Bedeutung der energiepolitischen Solidaritätsklausel	496
a. Ausbau des Solidaritätsprinzips im Vertrag von Lissabon	496
b. Inhalt der energiepolitischen Solidaritätsklausel	496
c. Spannungsverhältnis zum Wettbewerb?	497
d. Verhältnis der allgemeinen Solidaritätsklausel (Art. 222 AEUV) zur neuen Energiekompetenz der EU (Art. 194 AEUV)	498
5. Zusammenfassung: Vom Umweltenergie- zum Energieumweltrecht	498
a. Neue Kompetenzen durch Art. 194 AEUV?	498
b. Bedeutung der neuen Kompetenzgestaltung	499
V. Ergebnis: Der Sinn einer europäischen Kompetenz zur Energieumweltpolitik	500
1. Anforderungen an die gemeinschaftliche Energieumweltpolitik	501
2. Tauglichkeit des Energietitels vor dem Hintergrund der energiepolitischen Anforderungen	502
Stichwortregister	505